

LÉGATION DE SUISSE.

18, MONTAGU PLACE,
LONDON, W.1.C.c.1.1948.-Um/jo
ad p.B.55.52.3.-FP.

den 23.Dezember 1948.

Herr Minister,

Vor einigen Tagen ist in der britischen Presse ein Communiqué erschienen, aus welchem ersichtlich war, dass das sogenannte "Humphrey Committee" hier getagt habe.

Bei diesem "Humphrey Committee" handelt es sich, wie Ihnen wohl bereits bekannt ist, um eine Kommission, die von Mr.Hoffman, Administrator des Marshall Planes, eingesetzt worden ist. Anlass zur Bildung dieses Komitees gab der Umstand, dass heute das deutsche Reparationsproblem sehr eng mit allgemeinen Problemen des europäischen Wiederaufbaus verbunden ist und dass daher die Westmächte die deutsche Industrie als Teil und Glied in den allgemeinen Wiederaufbaubestrebungen betrachten sollten. Gemäss dem amerikanischen Hilfsgesetz ist der Verwalter der Marshall Hilfe gehalten, die wirtschaftlichen Möglichkeiten jeden Marshall Plan Staates bei der Zuteilung der Hilfebeträge in Berücksichtigung zu ziehen und die lokalen industriellen Hilfsquellen in den Rahmen der europäischen Wiederaufrichtung einzuspannen.

Führende amerikanische Köpfe haben seit geraumer Zeit die Auffassung vertreten, - wobei sie von massgeblichen deutschen Industriellen unterstützt wurden - , dass die Zwangseinsparungen, die der deutschen Industrie auferlegt wurden und weiterhin noch auferlegt werden, sowie die noch zu erwartenden Produktionseinschränkungen kaum mit dem allgemeinen Ziel des europäischen Wiederaufbauprogrammes (von welchem Westdeutschland ein Teil ist) übereinstimmen. Diese Gedankengänge haben in Amerika dazu geführt, dass schon vielerorts von einer Aufgabe sämtlicher Demontierungspläne gesprochen wurde. Auf britische und französische Vorstellungen hin hat die amerikanische Regierung indessen zugestimmt, nicht kurzweg den Widerruf sämtlicher Demontierungslisten zu verlangen, sondern zu einer Revision der existierenden Abmontierungspläne Hand zu bieten, sowohl für die Ruhr wie die übrigen west-deutschen Industriegebiete. Zu diesem

An die Abteilung Politische Angelegenheiten,
Dienst Marshall Plan,
Bldg.Politisches Departement,

B E R N .

- 2 -

Zwecke wurde das amerikanische Komitee gegründet, welches von Mr. G. M. Humphrey präsiert wird und dessen Aufgabe in einer nochmaligen Ueberprüfung des deutschen Industriepotentials im Lichte der europäischen Wiederaufrichtung war.

Das "Humphrey Committee" hat sich vor ca. 3 Wochen nach Deutschland begeben und daselbst - in offiziöser Eigenschaft - den den Reparationszwecken verfallenden Fabriken in allen drei Westzonen Besuche abgestattet. Der Zweck dieser Besuche lag darin festzustellen, wie weit die auf der Reparationsliste figurierenden Betriebe von der Demontierung im allgemeinen Interesse ausgenommen werden könnten. Das Komitee hat auf dieser ausgedehnten Inspektionsreise die Gesamtheit der west-deutschen Wirtschaftssektoren untersucht und hat sich hiernach einige Tage in London aufgehalten. Bei dieser Gelegenheit sind Vertreter der britischen und französischen Regierung zu Besprechungen geladen worden, wobei sie mit den voraussichtlichen Schlüssen, zu denen das "Humphrey Committee" gelangen wird oder bereits gelangt ist, vertraut gemacht wurden. Der Schlussbericht des "Humphrey Committee" ist noch nicht ausgearbeitet. Er soll der Marshallhilfe-Verwaltung wenn möglich noch vor Jahresende vorgelegt werden. Dieser Bericht kann selbstverständlich nur dann von praktischer Bedeutung werden, sofern die französische und britische Regierung ihm ebenfalls zustimmen. Das "Humphrey Committee" hat deshalb Wert darauf gelegt, bereits heute gewisse Einwendungen dieser beiden letzten Staaten zu hören und seine Schlussfolgerungen in einer für alle Beteiligten möglichst annehmbaren Form vorzulegen.

Ueber den Inhalt der Arbeit des "Humphrey Committee" ist leider sozusagen nichts an die Öffentlichkeit gelangt. Insbesondere bewahren die amerikanischen Stellen in London grösstes Stillschweigen darüber, welche deutschen Betriebe nach amerikanischer Auffassung freigegeben und in den Dienst Europas zu stellen sind. Doch steht fest, dass die britischen und französischen Vertreter schwerwiegende Bedenken gegen die offenbar sehr liberale Einstellung des "Humphrey Committee" geäußert haben. Vor allem von französischer Seite wurde, wie nicht anders erwartet werden konnte, nachdrücklich geltend gemacht, dass bei Annahme des vorgezeichneten "Humphrey Committee"-Berichtes West-Deutschland in einer allzu starken industriellen Position belassen werde, welche den alliierten Staaten im allgemeinen, und Frankreich im besondern, direkt berühre. Der französische Standpunkt geht, wie mir aus sehr vertrauenswürdiger und der britischen Regierung nahestehender Quelle zu verstehen gegeben wurde, vor allem dahin, die deutsche Eisen- und Stahlproduktion sowie deren Exporte seien um mindestens 10% unter dem französischen Produktions- und Exportniveau zu halten. Frankreich weist darauf hin, dass von ihm nicht erwartet werden könne, der Beibehaltung einer solchen deutschen Produktionskapazität zuzustimmen, welche die französischen Exporte nachteilig konkurrenzieren und erschweren würde.

- 3 -

Die britische Regierung hat ihre Bedenken nicht mit gleichem Nachdruck vorgetragen. Die britischen Exportinteressen - Grossbritannien exportiert sozusagen keine Rohstoffe, mit Ausnahme von Kohlen - werden erst in einer zweiten Phase des deutschen Wiederaufbaues tangiert, nämlich im Zeitpunkt, da die deutschen Fertigprodukte wieder schrankenlos auf den ausländischen Märkten angeboten werden. Eine solche Entwicklung würde die sehr marktempfindlichen britischen Exportgüter zweifellos ausserordentlich treffen, schon zufolge der relativ hohen britischen Exportpreise. Wie das vor einigen Tagen herausgekommene britische Weissbuch über den britischen 4-Jahresplan indessen zeigt, richtet die britische Regierung alle ihre Exportbemühungen auf das britische Weltreich und hier insbesondere auf Südafrika aus. London hofft, bis zum Jahre 1952 in der Lage zu sein, den wirtschaftlich schwachen Gliedern des britischen Weltreiches die nötigen Kredite zur Verfügung stellen zu können, die sie zum langfristigen Ankauf britischer Exportgüter in die Lage versetzen. In diesem Sinne glaubt man, der deutschen Konkurrenzgefahr nicht besonders ausgesetzt zu sein. Diese britischen Hoffnungen hängen jedoch durchaus von der Verwirklichung des 4-Jahresplanes ab; sollten die britischerseits vorgesehenen Kredite an das britische Weltreich nicht vorgenommen werden können, so ist wohl anzunehmen, dass die britische Wirtschaft ab 1952 einen schweren Stand haben wird.

Noch eine Bemerkungen zur Zusammensetzung des "Humphrey Committee":

Dieses Komitee wurde v o r den kürzlichen amerikanischen Präsidentschaftswahlen gebildet und steht unter beträchtlichem republikanischen Einfluss. Man hat sich die Frage gestellt, ob ein Wechsel in der personellen Zusammensetzung des Komitees eine Aenderung in der gegenwärtigen amerikanischen Einstellung zum deutschen Wirtschaftsproblem einschliessen würde. Die hiesigen Stellen halten dies für sehr unwahrscheinlich.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

DERSCHWEIZERISCHE GESANDTE

(Sig.) H. DE TORRENTE

Kopie geht an Rechtswesen des E.P.D.
Handelsabteilung des E.V.D.